Boris Mijatovic
Mitglied des Deutschen Bundestages

Boris Mijatovic MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herr
Dr. Roland Busch
Vorstand Siemens AG

Wittelsbacher Platz 1
80333 München

Berlin, 04.01.2022

Boris Mijatovic MdB
Bündnis 90/Die Grünen
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 73801
boris.mijatovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kassel
Sickingenstraße 7-9
34117 Kassel
Telefon: 0561 18899
boris.mijatovic.wk@bundestag.de

Ihr Statement Süddeutsche Zeitung vom 30.12.2021

Sehr geehrter Herr Dr. Busch,

in der Süddeutschen Zeitung haben Sie am 30.12.2021 vor einer Konfrontation mit der Volksrepublik China gewarnt. Zum Anlass hierfür nahmen Sie die Hinweise der Bundesaußenministerin Baerbock in Bezug auf die systematischen Menschenrechtsverletzungen, die auch in der Lieferkette für europäische Leistungen und Waren relevant sind. Zudem skizzierten Sie, eine Einschränkung der Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik könnte zu Versorgungsengpässen auf dem deutschen Strommarkt führen.

Internationaler Handel und die sehr erfolgreiche Arbeit innovationsstarker Unternehmen haben unbestritten zu mehr Wohlstand in der Welt geführt. Mit diesem Wohlstand geht aber auch einher, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen. Das bedeutet: die universelle Erklärung der Menschenrechte gehört zum Rechtsrahmen internationaler Handelsbeziehungen. Das Verbot von Zwangsarbeit, der Schutz von Kindern und auch die Rechte von Minderheiten sind keine zusätzlichen Hürden für wirtschaftliches Handeln. Im Gegenteil kommen gute Produkte ohne Ausbeutung aus, neue Produkte und Innovationen entstehen sogar besser durch Menschen, die frei und sicher leben und arbeiten.

Bundesaußenministerin Baerbock hat zu Recht auf die Bedeutung der Menschenrechte für den globalen Handel verwiesen. Diese Haltung teile ich als menschenrechtspolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion vollumfänglich, ebenso wie große Teile in Gesellschaft und Wirtschaft.

Die Volksrepublik China ist in vielerlei Hinsicht ein wichtiger Partner, mit dem Deutschland, die Europäische Union und selbstverständlich auch die neue Bundesregierung konstruktiv

zusammenarbeiten möchten. Dazu gehört gegenseitiger Respekt sowie die unbedingte Achtung des Völkerrechts. Zusammen mit unseren europäischen Partnern haben wir in diesem Bereich ein enormes Gewicht, und sind auch zur Verantwortung verpflichtet. Hier muss endlich das deutliche Signal ergehen:

Menschenrechte sind niemals zweitrangig gegenüber dem wirtschaftlichen Handeln.

Mit freundlichen Grüßen